
Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

Vor 100 Jahren – 1914

1. Weltkrieg – 16 Millionen Tote

Vor 75 Jahren – 1939

2. Weltkrieg – 60 Millionen Tote



Und heute – 2014?

Überall auf der Welt nehmen die offen und verdeckt geführten Kriege zu! Im Namen der „Menschenrechte“ und der „Friedenssicherung“ werden Kriege geführt.

Damals wie heute steckt dahinter das Profit- und Eroberungsinteresse der Kapitalisten, einiger weniger großer Konzerne und ihrer Staaten. Opfer sind die arbeitenden Menschen. Für Österreich bedeutet das: Kein Berufsheer durch die Hintertür, keine Teilnahme an Auslandseinsätzen, keine Teilnahme an EU-Battle-

Groups oder an „Friedenseinsätzen“ von NATO/EU, auch nicht im Namen der UNO.

Die Lehre aus zwei Weltkriegen kann daher nur sein: Echte Neutralität statt Mitmachen bei medialer, und diplomatischer Kriegstreiberei oder bei Militäreinsätzen in Krisengebieten und bei Kriegen.

100 Jahre Erster Weltkrieg

Mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien am 28.

Juli 1914 begann der Erste Weltkrieg.

Er kam keineswegs aus heiterm Himmel, sondern war das Produkt einer langen Entwicklung. Wenn die Medien heuer anlässlich des 100. Jahrestages dieses Ereignisses ihr Hauptaugenmerk auf das Attentat von Sarajewo legen, auf die Frage, ob ein Kaiser Franz-Ferdinand nicht doch ein guter Kaiser geworden wäre, auf Berichte über ein „Gedenkkonzert“ in Sarajewo“ oder auf Schilderung des täglichen Lebens

im Juli 1914 statt auf Klärung der wirklichen Schuldfrage, so geschah dies nur zur Verschleierung der wahren Ursachen des damaligen Völkermordes.

Für alle Kriegsgegner ist es deshalb äußerst lehrreich, sich mit den wahren Ursachen des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte zu beschäftigen. Vor allem deshalb, weil die Frage Krieg und Frieden heute wieder auf der Tagesordnung steht, wie die beängstigenden Entwicklungen in Nahost oder derzeit vor allem in der Ukraine, also mitten in Europa, zeigen.



Genausowenig wie 1914 „Schlafwandler“ am Werk waren, genauso wenig wie man damals in den Krieg „hineinschlitterte“, genauso wenig sind heute die zunehmenden Konflikte und Kriege in der Welt „zufällig“.

Um die Jahrhundertwende 1900 war eine der revolutionären Entwicklungen in Europa abgeschlossen. Die Klasse der industriellen Kapitalisten war in fast allen modernen Staaten an die Macht gelangt. Im Kampf um den Profit war die herrschende Klasse um die ganze Weltkugel gejagt, um sich ihre billigen Rohstoffquellen und Absatzmärkte in Form von Kolonien zu sichern.

In den kapitalistischen Staaten hatten sich immer größere und mächtigere Kapitalgesellschaften gebildet. Sie waren mit den Banken eng verbunden und hatten sich den Staatsapparat völlig untergeordnet.

Die Aufteilung der Welt zwischen diesen imperialistischen Staaten war abgeschlossen. Wer jetzt seinen Einflussbereich ausdehnen wollte, konnte dies nur auf Kosten anderer tun, und das bedeutet Krieg.

Die jüngeren imperialistischen Staaten, vor allem Deutschland, waren bei der Aufteilung der Welt zu spät und daher zu kurz gekommen. Sie drängten deshalb besonders scharf nach einer Neuaufteilung, denn die kapitalistische Gesetzmäßigkeit, das Kapital, um profitabel zu sein, verlangt Ausdehnung der Profite (heute sagt man „Wachstum“ dazu), logischerweise also auch Ausdehnung des jeweiligen Machteinflusses, der Absatzmärkte und billigen Rohstoffquellen.

Um ihre Interessen besser wahrnehmen zu können, schlossen sich einzelne imperialistische Staaten zu Militärbündnissen zusammen. 1914 waren dies England, Frankreich und Russland in der „Entente“, auf der anderen Seite Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien im „Dreibund“. Beide Gruppen betrieben enorme Hochrüstung und bereiteten sich auf einen Krieg gegen die Konkurrenten auf den Machtanspruch in der Welt vor. Das Attentat von Sarajewo war dann nur der Startschuss für eine Entwicklung, die von den damaligen Machthabern schon lange vorprogrammiert war.

Dies war die Situation im Lager der Kriegstreiber: Eine absolute Minderheit von Profiteuren rüstete zum Krieg, um ihre Absatzmärkte und Rohstoffquellen auszudehnen.

Auf der anderen Seite hatte sich mit der kapitalistischen Herrschaftsklasse die Arbeiterklasse entwickelt. Jene Klasse, die unter den härtesten Bedingungen arbeiten musste, um mit Hungerlöhnen die nackte Existenz fristen zu können, wobei sie den Kapitalisten gigantische Profite erarbeitete. Die Interessen der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse waren gerade entgegengesetzt und sie sind es auch heute noch, wenn auch das Gefasel von der „Sozialpartner-

schaft“, der „Schicksalsgemeinschaft in einem Boot“ usw. diese wichtigste Erkenntnis aus den Hirnen der arbeitenden Menschen verdrängen soll.

Die Kapitalisten wollten und brauchten den Krieg, die arbeitenden Menschen brauchten und wollten keinen Krieg, denn sie hatten in ihm nur zu verlieren. Daher war die Arbeiterbewegung die stärkste Kraft, die den Kriegstreibern entgegenwirkte.

In den Parteien der Arbeiterschaft, den sozialdemokratischen Parteien, war die marxistische Weltanschauung die richtungsweisende Auffassung und Denkrichtschnur. Die Arbeiter und Arbeiterinnen kannten ihre Klassenlage und sie lernten durch den Marxismus die Zusammenhänge zu verstehen. Sie wussten, dass die Kapitalisten an ihrer Lage schuld waren, und sie wussten, dass die Kriegsgefahr aus der Profitgier des Kapitals kam. Deshalb wussten sie auch, dass ihre soziale Lage nur durch den Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter zu verbessern war, dass die Kriegsgefahr erst dann zu bannen war, wenn den Profitmachern die Macht im Staat entrissen war. Sie kannten diese Wahrheit, die aus der Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Systems kommt und so lange stimmt, als dieses existiert, und sie wollten danach handeln. Die sozialdemokratische Internationale hatte daher den Beschluss gefasst, nicht in einen kapitalistischen Krieg zu ziehen, sondern die Gewehre umzudrehen gegen die Machthaber, die dies verlangten.

Es ist aber bekanntermaßen nicht dazu gekommen. In den Arbeiterparteien hatten sich schon zu dieser Zeit Leute an die Spitze gesetzt, die mit den Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen, mit der sozialen Revolution nichts mehr zu tun haben wollten. Diese Herrschaften, besser gestellte Kleinbürger und Intellektuelle, die sich ein warmes Plätzchen im bürgerlichen Staat gesichert hatten, „revidierten“ den Marxismus und entdeckten schon damals den „gewandelten Kapitalismus“, der von der Arbeiterschaft „anders gesehen“

werden müsse. Die Revisionisten beteuerten in der Kriegsfrage zwar immer wieder, dass sie im Kriegsfall die Arbeiter mit allen Mitteln zum Kampf gegen die Kriegstreiber organisieren würden, als es aber 1914 so weit war, riefen die revisionistischen Führer der westeuropäischen Arbeiterparteien die Werktätigen dazu auf, das „Vaterland“ zu „verteidigen“.

In Deutschland stimmten die Sozialdemokraten für die Kriegskredite und in Österreich erschien in der „Arbeiterzeitung“ ein Leitartikel „Der Tag der deutschen Nation“, in dem die Arbeiter dazu aufgefordert wurden, mit aller Kraft für die „heilige Sache des deutschen Volkes“ einzutreten.

Das war die Situation im Lager der Kriegsgegner. Die Arbeiter waren von ihren „Führern“ im Stich gelassen und gegeneinander gehetzt worden, um einander zu töten im Interesse der Profite der Kapitalisten.

Einzig im zaristischen Russland blieb der Marxismus der Wegweiser der unterdrückten Arbeiter und Bauern. Unter der Führung Lenins stürzten sie drei Jahre nach Kriegsbeginn das Regime der Ausbeuter und Kriegstreiber und errichteten den ersten sozialistischen Staat der Welt.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung in der Sowjetunion steht die weltgeschichtliche Bedeutung der Russischen Oktoberrevolution fest. Sie hat den Kapitalismus tödlich erschüttert und den arbeitenden Menschen für alle Zukunft gezeigt, dass Ausbeuter und Kriegstreiber sehr wohl von ihren Machtpositionen heruntergeholt sind.

In Westeuropa, vor allem in Österreich und Deutschland, waren die Arbeiterverräter noch stärker, redeten zwar von der Revolution, machten aber ihren Burgfrieden mit den alten und neuen Kapitalisten.

16 Millionen Tote und 20 Millionen



Verwundete und ein bis dahin unvorstellbares Massenedel waren das fatale Ergebnis des Ersten Weltkrieges für die arbeitenden Menschen.

In der Folge, 25 Jahre danach, hat es dann den Zweiten Weltkrieg gegeben und heute balanciert die Welt am Rande eines dritten Weltkrieges, weil der Kapitalismus nach wie vor und weltweit denn je existiert.

Alle christ- und sozialdemokratischen Vordenker und Vorsitzenden haben uns nach dem Zweiten Weltkrieg gebetsmühlenartig erklärt, dass der Kapitalismus besser, humaner, verantwortungsbewusster geworden wäre, ja heutzutage das einzig wirklich „Demokratische“ auf der Welt sei, alles andere gescheitert sei.

Doch spätestens seit der Finanzkrise 2008 ist deutlich, der Kapitalismus kann weder wirtschaftlichen noch

menschlichen Fortschritt garantieren. Im Gegenteil: er führt zu allgemeinem Rückschritt. zu mächtigen Krisen, (Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit, Verelendung, Krieg und Tod), provoziert und braucht Kriege, um die Profite einer ganz kleinen Schicht um jeden Preis zu sichern.

Deshalb „dreht sich die Spirale der Gewalt“ auf der Welt immer schneller. Deshalb werden immer schneller und mehr unter dem Vorwand von „Schutz der Freiheits- und der Menschenrechte“ usw. oder unter Aufbau neuer, alter Feindbilder (z.B.: die bösen „Serben“, „Russen“, „Islamis“, Terroristen usw.) Krisen, Bürgerkriege und Kriege inszeniert, finanziert und unter Aufwendung aller Medienpropaganda geführt. Wie derzeit zum Beispiel im Iran, Irak, in Syrien, Afghanistan, Libyen, Gaza, wie im früheren Jugoslawien zur „Neuordnung des Westbalkans“ oder gerade jetzt in der Ukraine zum Start der Neuaufteilung Eurasiens, also gegen Russland und China (siehe dazu unsere Ausgabe Nr. 118 und an anderer Stelle dieser Ausgabe).

So eine Entwicklung, so eine Politik, steht im absoluten Gegensatz zu den Lebensinteressen der überwältigenden Mehrheit der Menschen.

Der Kapitalismus, sein wirtschaftliches und politisches System ist nicht kontrollierbar oder zähmbar. Es gehört aus dem Sattel gestoßen und abgeschafft, weil das Profitsystem letztlich nur mit Krieg überleben kann.

Das Profitsystem ist mit einer wirklichen Solidargesellschaft unvereinbar!

Bernie Ecclestone (83), Formel-1-Chef

Kapitalistisches System. Nach der Einstellung des Prozesses wegen Bestechung gegen Zahlung von 100 Millionen Dollar sagte Ecclestone der „Bild“: „Es ist ein wenig unglücklich, so viel zu zahlen. Aber noch unglücklicher ist es, das Geld nicht zu haben. Eigentlich finde ich dieses kapitalistische System gut.“

Das war eine Meldung im Kurier vom 7.8.2014, und sie sagt viel in wenigen Worten. Was ist Kapitalismus? Das

ist Kapitalismus: Wer das Geld hat, hat die Macht, kann sich Politik und Richter kaufen. Herr Ecclestone findet das kapitalistische System gut. Klar. Er pfeift auf Gerechtigkeit oder Gleichheit und beschreibt so, was tagtäglich in ebendiesem Medium und allen anderen verschleiert und als demokratisch usw. hingestellt wird.

Wie heißt es so schön: „Vor dem Recht sind alle gleich“. Doch sowohl „vor“ dem Recht, als auch „nach dem Recht gibt es „Gleiche“

Leiharbeitskräfte im AKH:

Pokerrunden für die Oberen – Kündigungen für die Beschäftigten

Im Allgemeinen Krankenhaus in Wien (AKH), das der Stadt bzw. Gemeinde Wien gehört, die durch eine „soziale“ Koalition SPÖ-Grüne geführt wird, handelt der Betreiber, der Krankenanstaltenverbund (KAV) wie ein Privatunternehmer und betreibt Lohndumping.

Zu spüren bekommen das vor allem die Beschäftigten durch Personalstopp und besonders die große Zahl an Leiharbeitskräften, die gekündigt oder herumgeschoben werden, wie es die Chefitäten gerade brauchen. Dass es drumherum zwischen der Stadt/KAV und der seinerzeit zum Zuge gekommenen privaten Leiharbeitsfirma Akademischer Gästdienst Österreich (AGO) zu Vergabeskandalen kam, musste jetzt sogar die Wiener Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) feststellen.



Wie es da zugeht, beschreibt die Zeitung „Die Presse“ genüsslich: „Bei Pokerabenden am AGO-Firmensitz. Als Spielpartner trat gleich die (damalige) Dreiergeschäftsführung an. Alles vor der Auftragsvergabe. Danach besuchte man gemeinsam das Casino. Zitat aus einem internen Rundmail: 'Liebe Freunde des gepflegten Pokerspiels! Nach den letzten glorreichen Pokerrunden in den Hallen des AGO treibt es uns in die professionelle Umgebung des Monteseino Wien.'“

„Bemerkenswert“, so „Die Presse“ „... ist, dass aus Sicht der Behörden gegen die Profiteure nichts übrig geblieben ist ... Sämtliche Vorwürfe gegen AGO ... wurden fallen gelassen. Neben AGO gehen auch AKH-

Direktor Reinhard Krepler und seine aktuelle Verwaltungsdirektorin unbelastet aus dem Verfahren. Ob der folgende Prozess Licht in die Motivlage ... bringt, ist wenig wahrscheinlich“, so „Die Presse“ (7.8.2014).

Für die involvierten Oberen soll es keine Konsequenzen geben, für die AGO-Leiharbeitskräfte hingegen Kündigungen und massive Verschlechterungen.

Profiteure oben – Fußritte unten

Zwischen 20 und 30 Prozent der ArbeiterInnen im AKH sind über Fremdfirmen beschäftigt, sagt AGO-Betriebsrat Raymond Karner. Damit liegt das AKH deutlich vor den andern Spitälern des KAV, die allerdings auch immer mehr auf Fremdvergabe setzen, so die AGO-Betriebsräte Stefan Kainz und Florian Toifl. 2004 bzw. 2009 wurde die Privatfirma AGO im AHK mit Leiharbeitskräften für Reinigung, Abteilungshilfe und in anderen Bereichen (z.B. Krankentransport, Proben- und Befundlauf usw.) beauftragt.

Durch den bekannt gewordenen Vergabeskandal wurden von der Stadt bzw. vom KAV die AGO-Verträge gekündigt. Damit die Vergabemachinationen nicht bei den ArbeiterInnen hängen bleiben, kämpften die AGO-BetriebsrätInnen für die Übernahme der Leiharbeitskräfte durch die Gemeinde Wien, veranstalteten Info-, Protest und Betriebsversammlungen und sammelten über 4.000 Unterschriften, die sie der Gemeinde und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) übergaben.

Geschickt wurden die Betriebsräte im Kreis: von der AKH-Direktion zum KAV, von dort zur Gesundheitsstadträtin Wehsely, von der wieder zum AKH und zur AGO-Geschäftsleitung. Und ein GdG-Oberer meinte, er könne nichts tun, sei er doch gleichzeitig im Gemeinderat. Einzige die Gewerkschaft ProGe unterstützt die KollegInnen praktisch.

Fremdfirmen – Lohndumping und Chaos

Mittlerweile wurden 350 LeiharbeiterInnen-Verträge der HausarbeiterInnen der Firma AGO im ersten Halbjahr 2014 bereits aufgelöst. Stattdessen teilen sich nun vier private Fremdfirmen den Reinigungsauftrag. Übernahmen in die Gemeinde gab es maximal vereinzelt, ein Neubeginn bei den Nachfolgefirmen war für so gut wie alle KollegInnen aufgrund des damit einhergehenden Einkommensverlusts von mehreren hundert Euro ausgeschlossen.

Die paar KollegInnen, von denen wir wissen, dass sie bei einer Nachfolgefirma begonnen haben, haben bereits am ersten Tag nach wenigen Stunden wieder gekündigt, da der Arbeitsdruck noch einmal erhöht wurde, so BR Karner. Und weiter: „Davon abgesehen wurde uns vonseiten mehrerer KollegInnen, die noch im AKH arbeiten mitgeteilt, dass die Beschäftigten in den Nachfolgefirmen für Tätigkeiten herangezogen werden, die sie eigentlich nicht ausführen dürften. So wird von ihnen gelegentlich Essen ausgegeben, was hygienebedingt eigentlich nur die PflegerInnen und Abteilungshilfen tun dürften. Weiters werden Grundreinigungen in den Zimmern durchgeführt, während PatientInnen im Zimmer liegen. Auch das ist aufgrund der aggressiven Reizmittel in den Reinigungsutensilien in Gegenwart von PatientInnen eigentlich untersagt. Nur wer soll es ihnen verbieten? Die AKH-Beschäftigten sind ja nicht mehr weisungsbefugt und die jeweiligen Chefitäten der Nachfolgefirmen verlangen diese Tätigkeiten wiederum von ihren Beschäftigten. Und wer sagt seinem Arbeitgeber schon, dass eine Aufforderung widerrechtlich ist?“

Rosinenpickerei – nein Danke!

Bei der Abteilungshilfe (250 AGO-Leihkräfte sollen bis Ende 2014 von AGO gekündigt werden), die ein Bindeglied zwischen Reinigung und Pflege darstellt und den anderen Be-

reichen (Krankentransport, Proben- und Befundlauf, etc.) ist die Nachfolgefirma für den ArbeiterInnenbereich die Fa. I.K. Hofmann. Diese hat auch schon Infoveranstaltungen im AKH abgehalten, bei denen die AGO-Betriebsräte natürlich zugegen waren. Entgegen aller vorheriger Informationen, haben sie dort dann erfahren, dass es zu keinem Teilbetriebsübergang mit allen Rechten und Pflichten (lt. AVRAG) kommen wird. Vielmehr sollen die AGO-Kräfte ihren Dienstvertrag per 31.12.2014 beenden und per 1.1.2015 ein neues Dienstverhältnis bei der Fa. Hofmann antreten - samt Probemonat. Man könne sich zwar schon vorher bei Hofmann bewerben und einen DV unterzeichnen – eine Arbeitsplatzsicherheit stellt dies natürlich in keinster Weise dar. Im Gegenteil: Hofmann kann sich somit theoretisch die Leute rauspicken, die brav spuren (keine Krankenstände, viele Überstunden, usw.) und der Rest, der nicht aufgenommen wird, hat aufgrund der Dienstnehmer-Kündigung nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld. Zwar wird vonseiten Hofmann, AKH und KAV betont, dass alle, die das auch wollen, bei Hofmann aufgenommen werden – eine Verpflichtung (wie bei einem Teilbetriebsübergang gibt es nicht.

Einpeitscher KAV

„Paradoxerweise macht der zuständige Herr aus der KAV-GD sowohl dem Betriebsrat als auch der AGO-Geschäftsführung mächtig Druck, dass Betriebsräte und Gewerkschaft Schritte zu Erreichung des Teilbetriebsüberganges zu unterlassen hätten, wenn wir 'keine Schlamm-schlacht haben wollen'. Auf die Frage, warum denn der KAV ein

Problem mit einem Teilbetriebsübergang hätte, dem das ja eigentlich egal sein könnte, bekamen wir als Antwort, dass er einfach keine Lust auf Wirbel habe“, so AGO-Betriebsrat Karner.

Widerstand der Belegschaft

Da die Betriebsräte das so nicht akzeptieren konnten und wollten, wurde nun gemeinsam mit der Gewerkschaft ProGe ein Schreiben an alle beteiligten Parteien ausgesendet, in dem darauf hingewiesen wird, dass Betriebsrat und Gewerkschaft hier gemäß Urteilen von EUGH und OGH sehr wohl



einen Teilbetriebsübergang sehen und wir dahingehende Schritte planen, sofern nicht vorab am grünen Tisch eine Lösung gefunden werden kann.

Im August gibt es dazu noch eine „Elefantenrunde“ zwischen ProGe, Fa. Hoffmann, AGO, KAV und AKH. Weiters findet Anfang Oktober der erste Verhandlungstermin aufgrund der Klage von KollegInnen gegen AGO auf nicht bezahlte Zulagen statt.

Blamables Arbeitsgericht

Die Betriebsräte gingen auch zum Arbeits- und Sozialgericht (ASG), um einen Sozialplan zu erzielen. Die erreichte Höhe ist nicht wie z.B. in

der Industrie mehrere Monatslöhne, sondern sind bei AGO zwischen 165 Euro und 495 Euro Einmalzahlung. Karner: „Das liegt auch daran, dass das ASG meinte, in unserem Bereich wäre überhaupt kein Sozialplan nötig, da der zu erwartende Einkommensverlust schlicht nicht groß genug ist. So absurd es klingen mag: unsere KollegInnen verdienen zu wenig um aufgrund der „sozialen Betroffenheit“ eine finanzielle Unterstützung zu erhalten. Wir konnten den Sozialplan somit nur außergerichtlich durch monatelange Verhandlungen mit der AGO-Geschäftsführung und den Druck unserer KollegInnen erwirken.“ Das ist zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber immerhin.

Soviel zur „Gleichheit und Gerechtigkeit“ im Land.

Erfolg: Erster Sozialplan für Leiharbeitskräfte erreicht

Durch die Hartnäckigkeit der AGO-Belegschaftsvertretung, die öffentliche Kampagne, konnte immerhin erreicht werden, dass der mächtigen Gegner KAV und Gemeinde Wien die Beschäftigten und ihren Betriebsrat als ernst zu nehmende Interessenvertretung sehen.

„Durch den Zusammenhalt ist es gelungen, den ersten Sozialplan für LeiharbeiterInnen in Österreich zu erreichen! Viele KollegInnen sind mit dem Gefühl gegangen, sich nicht alles gefallen lassen zu haben.“

Aktuelle Infos über den Kampf der KollegInnen auf:

www.facebook.com/initiative.uebernahme

Neos: Gegen Lobbyisten im Parlament?

Die Neos forderten im „Sommerloch“: „Keine Lobbyisten als Abgeordnete im Parlament.“ Wauh! Klingt gut, aber was meinen die Neos? Nichts Neues, sondern Uraltet. Angehörige von ÖGB, AK, ÖAAB, Bauernbund, Wirtschaftskammer, sollen kein Mandat mehr annehmen dürfen. Nun ist es ja wirklich nicht so, dass man mit diesen „Volksvertretern“ zufrieden sein kann, ÖAAB, Bauernbund und Wirtschaftskammer sicherlich keine Interessen der arbeitenden Menschen vertreten. Auch die Abgeordneten aus Gewerkschaften und AK stimmen im Parlament nicht gegen die neoliberale SPÖVP-Politik und auch die Grünen sind immer wirtschaftsstromlinienförmig. Bloß die anderen als Lobbyisten hinzustellen, die vielen Abgeordneten von ÖVP, FPÖ, Neos, Team Stronach als „Volksvertreter“ zu titulieren, ist Ablenkung pur. Gerade diese sind entweder direkt Unternehmer bzw. vertreten Unternehmerinteressen als verlängerte Hand z.B. die Neos, direkt finanziert von Herrn Haselsteiner, (Strabag-Baukonzern) oder das Team-Stronach, finanziert von ebendiesem. Echte Vertreter der Interessen der arbeitenden Menschen finden sich eigentlich nicht im Parlament.

Telekom Austria

Kalte Privatisierung: Kuschen und zahlen

Die Telekom „Austria“ ist endgültig mexikanisch jubelten Mitte Juli ÖIAG, Industriellenvereinigung und die ihnen verbundenen Medien einstimmig.

Während die jetzige Mehrheitseigentümerin America Movil von Carlos Slim in Mexiko wegen zu starker Marktbeherrschung dort Teile seines Konzerns abgeben muss, wird in Österreich dem Multimilliardär die Telekom zum Schnäppchenpreis überlassen. Notierte die Telekom-Aktie bei Börsengang bei rund 22 Euro, so konnte Carlos Slim nun die Telekom-Mehrheit zu einem Aktienpreis von über 7 Euro herauskaufen. America Movil hat nur 8 von 10 Kapitalvertretern und 2 von 3 Vorständen. Laut dem Syndikatsvertrag ÖIAG – Telekom-Austria – America Movil hat die ÖIAG nur dann ein Vetorecht, wenn sie alle Kapitalerhöhungen mitmacht. Auf die Entscheidungen haben ÖIAG und Telekom keinen Einfluss mehr. „Mit diesem Syndikatsvertrag hat man die industrielle Führerschaft abgegeben. „Wir haben keine Arbeitsplatzgarantie, es gibt keine konkrete Zusage für Investitionen in Österreich“, so ProGe-Vorsitzender Wimmer (Kurier, 3.6.2014). Die Arbeiterkam-

mer, die anfänglich noch mit Klage bei der Bundeswettbewerbsbehörde drohte und so bei manchen Telekom-Beschäftigten Hoffnungen auf Hilfe weckte, gab klein bei. Auch von Gewerkschaft und Belegschaftsvertretung war zuletzt nichts mehr zu hören. Also: Kuschen und zahlen!



Das gilt vor allem für MitarbeiterInnen und die A1-KundInnen, die die geplante „Ostexpansion“ ausbaden sollen. Mastermind hinter dem America Movil-ÖIAG-Telekom-Deal ist Herr Pecik, der bekanntlich schon bei seinen früheren industriellen Tätigkeiten eine Blutspur hinterlassen hat, dabei aber selbst immer reicher und einflussreicher wurde. Bei der Telekom geht es um viel für Österreich: die Bruttowertschöpfung macht 2,9 Milliarden Euro oder 1 % der Wirtschaftsleistung Österreichs (BIP) aus.

Selbstbedienungsladen ÖIAG

Die ÖIAG, mit der seit der ÖVP-FPÖ-Koalition installierten „Selbsterneuerung“ des ÖIAG-Aufsichtsrates – heutzutage schon offen als der

„Freundeskreis der Industrie“ selbst in den bürgerlichen Medien bezeichnet, schant dabei seit Jahren wertvollste österreichische Großunternehmen vor allem ausländischen Eigentümern zu. Von der seinerzeitigen Kritik an dieser ÖIAG-Konstruktion haben sich ÖGB, AK und vor allem die SPÖ längst verabschiedet und lassen ÖVP, FPÖ und Industrie darin fuhrwerken, als wäre diese „Staatsholding“ deren Privatbesitz. Nicht nur die Telekom, auch alle anderen bereits ausverkauften Unternehmen, haben bis zu ihrem Aberkauf unglaubliche Werte aufgebaut, die von allen arbeitenden Menschen Österreichs bezahlt wurden und jetzt einigen Privaten gehören. Die abgehalferte Siemens-Chefin und für ihren „EU-Tausender“ bekannt gewordene EU-Brigitte Ederer plaudert aus der Schule, wenn sie sagt: „Es ist immer dieselbe Vorgangsweise. Jemand kauft einen Anteil an einem staatlichen Unternehmen, dann wird ein Krisenszenario beschworen und Druck gemacht, dass Handlungsbedarf bestehe.“ (Kurier, 7.7.14). Warum hat Frau Ederer, selbst im ÖIAG-Aufsichtsrat, das nicht vor den Syndikatsvertrag publik gemacht? Etwa weil – mittlerweile vom SPÖ-Arbeiterbezirkskind mutiert zur früheren Siemens-Chefin und so zum Teil des „Freundeskreises der Industrie“ – eine Krähe der anderen kein Auge auspeckt?

Gegen den Telekom-Ausverkauf haben wir ein Flugblatt mit Unterschriftenliste in der Öffentlichkeit und unter den Telekom-Beschäftigte verbreitet. Danke an alle SammlerInnen!

Weitere Unterschriften-Listen können bei uns angefordert oder selbst heruntergeladen werden unter:

<http://prosv.akis.at>



Mit dieser Aktion machte die Initiative „Aktive Arbeitslose“ am 1. Mai in Wien darauf aufmerksam, dass es nicht stimmt, dass jeder, der arbeiten will, auch Arbeit bekommt bei der enorm hohen Zahl der offiziellen, inoffiziellen, und in Schulung steckenden Arbeitslosen von in Summe 600.000 Menschen.

www.aktive-arbeitslose.at

Hypo-Sondergesetz Im Dienste des Großkapitals

Was in der Bevölkerung für größten Unmut sorgt : Die Hypo-Alpe-Adria durfte deswegen nicht in die Insolvenz geschickt werden, weil sonst die großen Kapitalhaie zur Kasse gebeten worden wären. Statt dessen hat man die „Hypo“ auf Steuerzahler-Kosten „notverstaatlicht“ und den Steuerzahlern die Spekulationsverluste umgehängt – 19 Milliarden Euro in Summe. ÖVP-Vizekanzler-Finanzminister Spindlegger erklärte mit Schützenhilfe von SPÖ-Kanzler Faymann, dass eine Insolvenz der „Hypo“ nicht möglich sei, da sonst das Land Kärnten pleite gehen und dies dem Steuerzahler mehr kosten würde als das jetzige Sondergesetz.



Doch dem ist nicht so. Die Verfassungs-, Europa- und Insolvenz-

rechts-Uni-Professoren Stefan Griller, Heinz Mayer, Walter Obwexer und Robert Rebhahn kommen zu dem Schluss, dass eine Insolvenz die Republik, also die Steuerzahler höchstens 2 Milliarden Euro kosten würde, weil sich schon 2003 das Finanzministerium mit der EU-Kommission auf die Abschaffung der Landeshaftungen geeinigt hätten. „Das Land dürfte Haftungen gar nicht wirksam werden lassen“ (Heute, 7.7.2014). Die Rollen von FPÖ, BayernLB, Raiffeisen, Grazer Wechselseitige und Ex-Finanzminister Pröll sollen ja angeblich in einem neuerlichen Untersuchungsausschuss „aufgearbeitet“ werden – während wir längst blechen und die Großanleger ihr Geld durch Machinationen und Verjährungsfristen längst ins Trockene gebracht haben.

(Abb.: „Hypo“-Eigentümer 2008)

35 Jahre Forderung nach 35-Stunden-Woche



Seit Ende der 1970er Jahre steht die Forderung nach der 35-Stunden-Woche auf der Tagesordnung der Gewerkschaften.

In einigen Ländern und in einigen Branchen ist dies auch erreicht worden. Doch seit Jahren wird von der Unternehmenseite an der Arbeitszeit-Schraube gedreht, nach oben. Ergebnis: Heute arbeiten bei – vielleicht formalen 38,5 Stunden – die allermeisten Beschäftigten,

umgerechnet auf Vollarbeitszeiten und mit oft nicht (mehr) bezahlten Überstunden im Schnitt 45 Stunden in der Woche. Gleichzeitig gibt es neue Jobs oft nur mehr als Teilzeit oder als geringfügige Beschäftigung.

Es bleibt dabei: Durch den technischen Fortschritt ist die Wertschöpfung derart gestiegen, dass sogar viel weniger Stunden für die Erwerbsarbeit notwendig wären.

Heute haben wir auf der einen Seite eine kalte Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durch Teilzeitarbeit, Geringfügigkeit und Arbeitslosigkeit, weil die Wertschöpfung, die alle, nicht nur die Chefs schaffen, wie uns manchmal glauben gemacht werden soll, eben nicht auf alle aufgeteilt wird. Im Negativen zeigt sich schon, dass für Schaffung der notwendigen Werte viel weniger Arbeit(zeit) als früher erforderlich ist.

Doch von ihrem Profit wollen die Unternehmer nicht lassen, und selbst die Spitzen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften sagen selbst, dass sie nur einen Teil des Kuchens für die arbeitenden Menschen haben wollen. So kann man keinen Kampf führen, so belässt man die Unternehmenseite stark, ja macht sie stärker, sodass heute die Unternehmenseite wieder frech nach Arbeitszeitverlängerung bei Lohn- und Gehaltskürzung schreit und dies als „Arbeitszeitflexibilisierung“ tarnt.

Die Gewerkschaftsseite spielt in diesem bösen „Sozialpartnerschaft“-Spiel auf Kosten der Arbeitenden und Beschäftigungslosen mit. Indem sie dies verhandelt und nicht einmal sagt, was sie noch vor 15 Jahren zumindest in Worten ablehnte, dass es den Unternehmern dabei nur um „Kapovaz“, also um die aus den USA übernommene „Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit“

geht. D.h. die Arbeitenden sollen entsprechend den Auftragsschwankungen jederzeit auf Abruf und ohne Überstunden- Feiertags- oder Nachtzuschläge zur Verfügung stehen. Auch anderen Unternehmersprech in diesem Zusammenhang wie „Flexicurity“ übernehmen bereits die Gewerkschaftsverhandler gerne, um – wie sie zumindest gegenüber ihren Funktionären sagen – modern und nicht verzopft zu sein.

In Wirklichkeit sind die Unternehmerpläne zur Arbeitszeit verzopft,

d.h. uralt und sollen uns zurück ins 19. Jahrhundert der Unternehmerwillkür werfen. Was die Gewerkschaftsspitzen beim Verhandeln ausloten ist, wie lange das Zurückweichen in Salamtaktik-Art geht, ohne dass sie für die Unternehmenseite ihre Bedeutung als Beruhiger der Arbeitenden und Arbeitslosen verlieren. Und die Unternehmenseite lotet jedesmal aus wie weit sie gehen kann und ob sie schon ohne Gewerkschaft, ohne Sozialpartnerschaft, nur mit Druck und Angst um den Arbeitsplatz alleine durchkommt, um dann noch grö-

ßere Belastungen den arbeitenden Menschen aufhalsen zu können.

Wenn die Gewerkschaften nicht wirklich unter ehrlicher, aktiver Einbeziehung der arbeitenden Menschen für deren Interessen und gegen die Unternehmerwillkür kämpfen, dann Schaden sie den Mitgliedern, allen arbeitenden Menschen und letztlich sich selbst als Organisation. Daher muss es in der jetzigen „Arbeitszeitdebatte“ heißen: NEIN zu 12 Stunden Arbeit am Tag – egal in welcher Form!

NEIN zu 12 Stunden Arbeit am Tag – egal in welcher Form!

Unter diesem Titel haben wir seit Mai Unterschriften gegen die Absichten der Sozialpartner gesammelt und danken allen, die dabei mitgeholfen haben. U-Listen auf: <http://prosv.akis.at>

Besonders Kolleginnen und Kollegen aus der Gewerkschaft waren überrascht und empört über die Zustimmung zu diesen Verhandlungen durch ihre Spitzen, soweit sie davon überhaupt erfahren und darüber informiert waren.

Dabei verstiegen sich Gewerkschaftssprecher in Informationsversammlungen z.B. zu der Behauptung, dass „eh nix passieren wird, denn wir haben ja unsere Kollektivverträge, die das regeln können.“ Doch das Arbeitszeitgesetz, einmal noch weiter geöffnet als schon jetzt, schwächt auch die Betriebsrätinnen und Betriebsräte im jeweiligen Betrieb, in der jeweiligen Branche, übt noch mehr Druck auf sie aus von Seiten der Unternehmer.

Möglicherweise glauben manche Gewerkschafts-Oberen, bei einem Nachgeben bei gesetzl. Arbeitszeitregelungen, mehr „Macht“ bei Kollektivvertragsverhandlungen in die Hände zu bekommen. Oder sie hoffen einfach, durch Zugeständnisse weiter länger am Unternehmer-Verhandlungstisch sitzen zu dürfen, von den Unternehmern endlich als „ebenbürtig“ angesehen zu werden.

Doch diese Hoffnungen sind trügerisch, widersprechen allen bisherigen Erfahrungen, wo nachgegeben wurde, wo gesetzliche Regelungen „aufgemacht“ wurden, wo man mit den Unternehmern einen Pakt schloss. Spätestens bei der nächsten Runde hatten die Unternehmer wieder neue „Argumente“, weitere Aufweichungen und Verschlechterungen für die Beschäftigten zu „verhandeln“. Zudem kommt, dass früher die Gewerkschaften auch noch stärker an Mitgliedern waren. Und: Haben wir nicht alle in Gewerkschaftsseminaren aus gutem Grund gelernt: Gesetz geht vor KV, KV geht vor Betriebsvereinbarung. Zurück in die Gewerkschaftsschule ihr Gewerkschafts-Oberen!

Geheimverhandlungen

Da sich der Protest gegen diese Vorgangsweise der Gewerkschaftsspitzen gegenüber ihren Belegschaftsvertretern, Funktionären und Mitgliedern in Unterschriftensammlungen und Protesten auf der Straße und in Versammlungen – an denen wir uns aktiv beteiligten – ausdrückte, zudem gerade noch AK-Wahlen stattfanden und die ÖGB-Spitzen keinen „Wirbel“ wollten, gingen die Sozialpartner-Verhandler jetzt ganz zu Geheimverhandlungen über:

„Die Gespräche zur Arbeitszeitgestaltung, die der Fachverband der Maschinen und Metallwaren Industrie mit den Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp während der letzten Monate führte, gehen weiter. Trotz des sachlichen und konstruktiven Gesprächsklimas konnten bis zum vereinbarten Stichtag 30. Juni 2014 noch keine Ergebnisse vereinbart werden. Deshalb wurden für den Sommer weitere Termine vereinbart.

Im Sinne eines konstruktiven Dialogs haben die Sozialpartner vereinbart, die Inhalte der Gespräche nicht öffentlich zu kommentieren. Eine Verknüpfung des Themas Arbeitszeit mit der Lohn- und Gehaltsrunde im Herbst ist nicht geplant. ...“

(Quelle: 4.7.2014; <http://www.gpa-djp.at/presseaussendungen>)

Gewerkschafts- und Mitglieder-demokratie schaut anders aus!

Die Gewerkschaftsspitzen berauben ihre eigene Organisation ihres stärksten Mittels, der öffentlichen Debatte, der öffentlichen Mobilisierung, des Einbeziehens der breiten Öffentlichkeit, damit diese weiß, was gespielt wird, damit diese dann auch entsprechend unterstützend aktiv sein kann. Oder will man das gar nicht?!

Die Polizei:

Wessen Freund und Helfer?

Was sich Ende Juli rund um eine „Hausräumung“ in Wien abspielte ist kein Ausrutscher der Polizei, nicht auf mangelndes Know how zurückzuführen, wie so manche Medien schrieben, sondern ist nach Ansicht von Wiens Polizeipräsidenten (PP) „verhältnismäßig“ gewesen.

Wir sind nun nicht ausgezogen, den Herrn PP zu verteidigen. Aber wenn der Herr PP 1.700 (!) Polizisten in voller Montur und Panzerwagen gegen 19 (!) Punks schickt, die von einem Hauspekulanten zur Vertreibung der dortigen Mieter geholt wurden, dies als „verhältnismäßig“ bezeichnet, hat das Methode, ist das kein Einzelfall.

In den letzten Jahren schon verfolgten Polizei und Justiz Tierschützer als „kriminelle Vereinigung“. Dann zog man gegen zwei Dutzend Flüchtlinge in der Votivkirche zu Felde. Dann schützte man die rechtsradikalen Spitzen aus dem In- und Ausland beim FP-Ball in der Wiener Hofburg, indem man „Einsatzkräfte“ aus allen Bundesländern nach Wien holte, erstmals ganze Bezirke für Bevölkerung und Medien abspernte. Hier und bei einer darauffolgenden Demonstration gegen einen offenen Faschisten-Aufmarsch („Identitären“) in Wien, verhaftete die Polizei im Namen von „Landfriedensbruch“ Demonstranten und verurteilte die Justiz einen Studenten aus Deutschland als Terror-Rädelsführer.

Die Polizei, dein Freund und Helfer, oder der Helfer von Hausspekulanten, Reichen und Rechten?

Lukas Resetarits, Kabarettist und ehemaliger Arena-Besitzer bringt es auf den Punkt:

„Jetzt können Bau- und Wohnungsspekulanten per Telefon Polizeibrigaden aufmarschieren

lassen, um ein Haus zurückzuerobern. Und zwar von jenen Punks, die sie sich selbst hineingesetzt haben. Ich meine, wo sind wir? Ruft jetzt Frank Stronach die Feuerwehr an, weil er keinen Parkplatz hat und die zünden deswegen mein Auto an? Das ist eine Privatisierung eines Rechtsgutes. ... Das betrifft auch den Landfriedensbruch. Ich ... finde es nicht leiwand, wenn jemand einen Stein hineinhaut. Aber soll die Polizei den finden, der den Stein geschmissen hat und nicht irgendeinen anderen, der dort irgendwo auch dabei war. Man muss sich genau anschauen, was hier unter dem Titel: 'Wir beschützen die Bevölkerung' passiert und wes Geistes Kind dahinter steckt.“ (Wiener Zeitung, 31. 7. 2014)



Kurier, 30.7.14

Die Jugend hat keine Perspektive Rundherum und auch in Österreich nehmen Armut, Armutsgefährdung, Lehrstellenmangel, Arbeitslosigkeit, Lohn- und Gehaltsverlust zu. Die Jugend hat keine Perspektive in diesem Wirtschaftssystem. Aufforderungen zum Arbeiten, aber keinen Job. Bestrafung der an den Rand Gedrängten mit „Mindestsicherung“, mit Androhung von Streichung oder Arbeitsdienst (so der Vorschlag von NÖ-LH-Vize Sobotka, in: Bezirksblätter Tulln, 16./17. Juli 2014), also weiterer Ausspielerei der Bevölkerung und Lohndumping.

Was sich in Massenprotesten in Portugal, Spanien, Griechenland oder Italien schon abspielt, kann bald zu einem EU-weitem Phänomen werden, warnen auch schon OECD-Studien. Doch was tun die Regierungen, was tut die EU? Während für die Banken hunderte Milliarden Euro fließen, soll für die Jungen nichts da sein. Um die befürchteten Proteste quasi im Keim zu ersticken, proben auch bei uns Polizei, Spezialeinheiten und Justiz den „Ernstfall“. Wie sagte ein Kriminalsoziologe der Uni-Wien: Die Polzeit bei uns ist auf bürgerkriegsähnliche Zustände vorbereitet. (Wiener Zeitung). Also übt man, überwacht man (Vorratsdatenspeicherung), kooperiert man mit NSA, stürmt man, knüppelt man, verhaftet man, verurteilt man, sodass jedem Menschen die Lust auf öffentliches Eintreten für seine Rechte, fürs Demonstrieren, vergehen soll. Arbeiten, Kuschen und alles Hinnehmen was von oben kommt, soll wieder zur ersten Bürgerpflicht werden.

Österreich ist eine demokratische Republik. So steht es zumindest in der Bundesverfassung. Demokratie heißt „Volksherrschaft“. Doch genau das wollen die Spekulanten, Reichen und Rechten nicht. Und die Polizei soll ihnen dabei im Ernstfall helfen, das heißt, zu Diensten sein. Wie geschehen, wie geprobt und – wie die Staatsmacht sagt – eben mit einem „verhältnismäßigen Polizeiaufgebot“.

Es wird also Zeit, die Verhältnisse umzukehren, vielleicht wird dann die Polizei wieder zu unserem Freund und Helfer gegen Spekulanten, Reiche und Rechte.

Vielleicht können in der Zwischenzeit die beiden „im Dienst singenden Polizisten“ ihrem Herrn PP Nachhilfe geben, wie man „verhältnismäßig“ einfach zu 2,5 Millionen-Beliebtheits-Klicks auf You Tube kommt.



Russische Aggression

Im Zuge des Ukraine-Konfliktes wird Russland oft als der Aggressor hingestellt, der die ganze Welt bedroht.

Auch wir sind keine Verteidiger Putins. Aber Schauen wir uns die Lage Russlands an: Die Lage – kräftemäßig - ist sicher so, dass der „Westen“ Russland schon längst „kassiert“ hätte, hätte es keine Atomwaffen. Da mutet es wie ein schizophreses Lügentheater an, wenn Obama kürzlich in Polen erklärt: „Die Zeiten von Imperien und Einflussphären sind vorbei“! Irgendwie lächerlich! Meint er, er könnte die ganze Welt für dumm verkaufen? Wie immer, an so einer Aussage wird krass offenbar, was wir von den führenden Leuten dieser Welt halten können. Nämlich gar nichts!

Also: Russland ist ein gefährlicher Aggressor? Hm! Wahr ist vielmehr, dass Russland an fast allen Grenzen von Europa bis Asien von NATO- bzw. reinen USA-Stützpunkten eingekreist ist. Jahre bevor es den Ukraine-Konflikt gab, hat der frühere amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski z.B. schon darauf hingewiesen, dass „man aus der Ukraine in den Bauch Russlands vorstoßen könne“. Die hier abgebildete Karte

bietet einen ungefähren Begriff der „russischen“ Bedrohung! Vielleicht ist nicht alles gut erkennbar. Deshalb hier eine Auflistung der NATO- und US-Stützpunkte um Russland: Italien 88 (!), Deutschland 22, Südkorea 22, Kuwait 10, Bulgarien 6, Rumänien 4, Afghanistan 4, Pakistan, Bahrein, Japan und Polen je 3, Albanien, Dschibuti, Türkei je 2. Mit wenigstens einem Stützpunkt kommen dazu: Ägypten, Dänemark, England, Estland, Irak, Frankreich, Georgien, Griechenland, Katar, Island, Kanada, Kirgisistan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Slowakei, Slowenien, Spanien, Ungarn Tschechien. Die zuletzt genannten Länder haben entweder amerikanische Stützpunkte zugelassen oder sind NATO-Mitgliedsländer, von denen uns keine Anzahl der Stützpunkte bekannt ist.

(Quelle: Gewerkschafter gegen Atomenergie und Krieg, 2/14)

Gefährliche Zuspitzung

In unserer letzten Ausgabe haben wir ausführlich über die Hintergründe des Ukraine-Konfliktes geschrieben. Mittlerweile hat sich die Situation zugespitzt, ist offen-

sichtlich, dass in der Ukraine die Regierung Krieg gegen die eigene Bevölkerung im Osten des Landes führt: Mit Bomben und Panzern. Kürzlich hat Kiew eine Kriegsteuer für alle eingeführt. Zuvor wurden Gehälter und Sozialleistungen gekürzt und seit dem Kredit des IWF die Energiepreise erhöht.

Zum Kriegführen gegen die eigene Bevölkerung ist dem neuen Präsidenten Poroschenko und der Regierung alles recht. Der Abschuss der Malaysischen Passagiermaschine MH17 mit 298 Toten war da ein zusätzlicher Anlass. Selbst Nicki Lauda wundert sich, dass die ukrainische Zivilflugbehörde den Luftraum über dem Kriegsgebiet nicht gesperrt hat. Die Hauptfrage ist ja, wem nutzt dieser Abschuss. Sicher nicht den Menschen in der Ostukraine, die sich gegen das Regime in Kiew erhoben haben, oder Russland, das sowieso am Pranger steht (siehe oben).

Der Kiewer Oligarchen-Präsident Poroschenko hat nach Informationen von Wikileaks seit Jahren ein sehr enges Verhältnis zu den USA). In der Kiewer Regierung haben fünf Minister einen faschistischen Hintergrund („Swoboda“ und „UNA-UNSO“). Der „Rechte Sek-

tor“ kontrolliert den Sicherheitsapparat und der Chef der faschistischen „Radikale Partei“, Oleh Lyashko, kommandiert das gefürchtete Azow-Bataillons der ukrainischen Nationalgarde und arbeitet dabei mit Amnesty International offen mit Neonazis und Faschisten aus aller Welt zusammen (Kurier, 8.8.14).

Es gibt inzwischen Informationen in den sozialen Medien, die beweisen, dass die Schüsse im Februar auf dem Maidan nicht von Janukowitsch-Polizisten kamen, sondern von in Polen u.a. von den USA ausgebildeten faschistischen ukrainischen Kommandos, die als Vorwand für den Putsch dienten (siehe die französische Internetseite: www.agoravox.tv/actualities/international/article/ukraine-qui-sont-les-tireurs-de-43921).

Das Massaker von Odessa am 2. Mai, war nicht zufällig. Als von der Regierung gestützte und extra angereichte Milizen der faschistischen Parteien von „Swoboda“ und „Rechter Sektor“ das Gewerkschaftshaus in Brand setzten, in das sich vor ihnen flüchtende Demonstranten zurückzogen, verbrannten und erstickten über 100 Menschen.

Russisch, das für ein Viertel bis ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung die Erstsprache ist, wurde als Amtssprache abgeschafft, die Fraktion der Kommunisten verboten. Und es ist die Ukraine-Regierung, nicht Russland, das jetzt mit dem Stopp des Gastransits nach Europa droht.



Frauen im Dorf Rakoshyno in der Westukraine "Wir sind gegen Mobilisierung!!!" „Stern“, 31.7.14

Aber nicht nur die Menschen der Ostukraine wehren sich gegen das Kiewer Regime Marionettenregime. Spätestens seit die ersten toten Soldaten von der „Ostfront“ auch in der Westukraine zu bemerken sind und die Regierung die Kriegssteuer einführt, gibt es den „Aufstand der Soldatenmütter, die die Einberufungsbefehle bei wütenden Protesten und Demonstrationen zerreißen oder verbrennen (Wiener Zeitung, 2./3.8.14).

In diesem Krieg in der Ukraine gegen die eigene Bevölkerung geht es um einen weiteren Schritt zur Einkreisung Russlands, wie auch der Ex-Grün-EU-Ab-

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität - unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

115/13

Einsenden an:

Österreichisches Solidaritätskomitee, Stifftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen*
Stifftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stifftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.

ordneter Voggenhuber oder der deutsche Liedermacher Konstantin Wecker feststellen. Es geht um die Industrien in der Ostukraine, auf die es die USA und die EU abgesehen haben und die ihnen die neue ukrainische Regierung und der neue Präsident Poroschenko versprochen haben für die Milliardenkredite aus EU, USA und vom IWF.

Die USA und die EU – und in der EU Deutschland – liefern sich mit Hilfe von Poroschenko unter dem Deckmantel der EU- und Westorientierung einen blutigen Wettlauf zur Eroberung von Rohstoffquellen und Einflussgebieten im Osten.

Dabei bedienen sie sich zum Sturz von Janukowitsch und bedienen sich jetzt zur Niederschlagung der breiten Gegenwehr einer ganzen Region, offener Faschisten, die erstmals in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und in Anlehnung an die Ideologie des Hitlerfaschismus mit Hilfe von EU und USA im Namen von Menschenrechten Krieg führen.

Während die Meinungsmacher auch bei uns heuer gleichzeitig 100 Jahre des Ausbruches des Ersten Weltkrieges und 80 Jahre des Bürgerkrieges im vom Februar 1934 „gedenken“, hetzen sie gleichzeitig zur Kriegsteilnahme, wie etwa der „Kurier“, der im Leitartikel vom

19.7.14 direkt zur Kriegsteilnahme der EU aufrief: „Europa muss sich der Kriegsrealität stellen.“

Österreich als neutrales Land darf die Sanktionen und die Kriegshetze, die Teil der USA – EU - Kriegspolitik sind nicht mitmachen, muss die wahren Vorgänge und Absichten des Ukraine-Krieges aktiv verbreiten und verurteilen, nicht nur „Gesprächskanäle“ offen halten und alles mitmachen oder bloß beteuern, dass die Neutralität auch ein Vorbild für die Ukraine sei, aber nichts dafür tun.

GAZA-Krieg

Gerechtigkeit

„Spätestens seit dem Mai 1948, der Ausrufung des „Staates der Juden“ beschäftigt dieser Konflikt die Welt. Es ist hier nicht der Platz, die Geschichte des Konfliktes, der Millionen zu Flüchtlingen machte und Zehntausende Menschenleben gekostet hat, näher zu verfolgen. Aber eines ist klar: Von Anbeginn an war die jüdisch-israelische Seite die weitaus stärkere und hat die Palästinenser mehr und mehr aus ihrer Heimat vertrieben.

Angesichts der seit Ende der 60er-Jahre vorherrschenden bedingungslosen Unterstützung seitens der USA konnte es sich Israel auch leisten, unzählige Verurteilungen seiner aggressiven Politik durch die Internationale Staatengemeinschaft zu ignorieren. Die militärische Dominanz Israels hat letztlich die

Palästinenser auch dazu gebracht, den Staat Israel anzuerkennen und die Schaffung eines eigenen palästinensischen Staates durch eine politische Lösung anzustreben. Der entsprechende Beschluss fiel 1988. Leider hat Israel kaum auf dieses Friedensangebot reagiert, die gegenwärtige israelische Regierung setzt ihre aggressive Besatzungs- und Landraubpolitik brutal fort. Dass es angesichts dieser Verweigerung unter den Palästinensern nach wie vor Gruppen gibt, die meinen, sich gewaltsam wehren zu müssen, ist verständlich, aber chancenlos. Den Schlüssel zu einer Wendung zum Besseren hat wie so oft bei asymmetrischen Konflikten der Stärkere in der Hand: An Israel liegt es, das Völkerrecht zu respektieren und den Palästinensern ohne Wenn und Aber das Recht zur Gründung eines unabhängigen und lebensfähigen Staates zuzugestehen.“

Gastkommentar von Fritz Edlinger, Generalsekretär der „Gesellschaft für Österr.-Arabische Beziehungen“. Aus: Kurier, 4.8.2014 (gekürzt).

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt
Abs. Österreich. Solidaritätskomitee. Stiftg. 8, 1070 Wien

Spenden-Einzahlungen

Mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: W. Leisch,

Verwendungszweck: ÖSK, Spende

BIC: OPSKATWW,

IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267

Danke!

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und
Redaktion: Österr. Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien. ZVR 188951949
